

1 **Für einen Verbleib von öffentlich-rechtlichem Programmvermögen in den**
2 **Mediatheken – 7-Tage-Regelung für non-fiktionale Eigenproduktionen**
3 **aufheben**

4
5 Zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion.

6
7 **Forderung:**

8 Wir fordern die Bürgerschaftsfraktion und den SPD-Senat dazu auf, die Abschaffung der 7-
9 Tage-Regelung auf allen Ebenen konsequent voranzutreiben.

10
11 **Begründung:**

12 Auch 2014 hat das Fernsehen seine Position als Leitmedium behaupten können. Diese Tatsache
13 kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rezeption von Medien insbesondere
14 durch junge Menschen zunehmend Online stattfindet. Die öffentlich-rechtlichen Sender haben
15 dieser Entwicklung insofern Rechnung getragen, als dass ihr Programmangebot aus Hörfunk
16 und Fernsehen auch über Mediatheken im Internet zeit- und ortsunabhängig abgerufen und
17 konsumiert werden kann. Dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch den 12.
18 Rundfunkänderungsstaatsvertrag zum Depublizieren seiner Inhalte verpflichtet, weshalb
19 Sendungen bereits nach sieben Tagen wieder aus den Mediatheken entfernt werden müssen
20 und für die Öffentlichkeit damit nicht mehr zugänglich sind. Meldungen beispielsweise von
21 tagesschau.de dürfen mehrheitlich höchstens ein Jahr lang im Netz verfügbar sein, während
22 TV-Großereignisse wie z.B. Sportveranstaltungen bereits nach 24 Stunden gelöscht werden.
23 Private Anbieter sehen in öffentlich-rechtlichen Online-Angeboten eine sie benachteiligende
24 Wettbewerbsverzerrung.

25
26 Nun ist zwar schon im Hinblick auf den Vergütungsanspruch Beteiligter nachvollziehbar, dass
27 fiktionale Produktionen nicht dauerhaft im Netz abrufbar sein können. Insbesondere aktuelle
28 Fernsehfilme und Serien werden aber zumeist regelmäßig wiederholt und sind zunehmend
29 auch auf DVD im freien Handel zu erwerben, so dass ein Zugang zu diesen Angeboten gewährt
30 ist. Auf non-fiktionale Produktionen wie Nachrichtensendungen kann nach ihrer Entfernung
31 aus Mediatheken hingegen nicht mehr zurückgegriffen werden.

32
33 Die Jusos Hamburg wenden sich gegen das Depublizieren öffentlich-rechtlicher Online-Inhalte.
34 Um die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten, muss einer
35 Veränderung der Lebensgewohnheiten in der Gesellschaft aktiv Rechnung getragen werden.